

„Obama muss Griechenlandisierung Amerikas verhindern“

Die Beschäftigungskrise und die Staatsschulden sind für Barack Obama die größten Herausforderungen seiner zweiten Amtszeit. Denn sie bedrohen den Glauben an die Zukunftsfähigkeit des amerikanischen Modells.

Die Amerikaner geben Barack Obama, wenn auch nur knapp, eine zweite Chance. Eine große Herausforderung das zu verwirklichen, was er schon zuvor versprochen hatte, nämlich die Supermacht aus einer ihrer härtesten Wirtschafts- und Beschäftigungskrisen herauszuführen. Darüber hinaus wird er den Grundstein für eine fiskalische Stabilisierung legen müssen, die eine Griechenlandisierung Amerikas vermeidet. Dies könnte zu einer Sisyphos-Aufgabe werden, die die Demokraten langfristig aus der Regierung drängt.

Denn trotz einer scheinbar langsamen Erholung des darnieder liegenden Arbeitsmarktes sind die Ausgangsbedingungen für einen Durchbruch bei diesen Aufgaben keineswegs günstig. Noch immer fehlen bis zu vier Millionen Jobs, um wenigstens das Beschäftigungsniveau vor der großen Krise zu erreichen. Doch für einen schnellen Aufschwung gibt es allenfalls schwache Anzeichen, die Schleifspuren von Immobilien- und Finanzkrise sind noch tiefer als befürchtet. Selbst wenn die Arbeitslosenquote inzwischen unter die kritische Marke von zehn Prozent gefallen ist, die vor zwei Jahren gemeldet wurde, so ist das momentane wirtschaftliche Wachstum doch deutlich zu gering, um eine durchgreifende Wende auf dem Stellenmarkt zu ermöglichen.

Und so hat die Langzeitarbeitslosigkeit inzwischen ein für die USA bislang ungekanntes Ausmaß erreicht. Dieses Problem hat man in den USA, gerade auch aus Sicht der Wirtschafts- und Wissenschaftseliten, lange nur für ein europäisches Problem gehalten. Inzwischen stellt sich nicht nur die Frage nach den Beschäftigungsaussichten weißer Männer über 50, sondern – angesichts des akademischen Erfolges junger Frauen – immer stärker auch die Frage, wie es um die berufliche Zukunft junger Männer ganz grundsätzlich bestellt ist.

Zwar finden Collegeabgänger weiterhin Jobs, aber immer mehr eher auf dem Niveau von Aushilfsjobs und im Metier ungelernter Arbeitskräfte. Dies führt zu einem Verdrängungseffekt bei den weniger Qualifizierten und mittelbar zu beträchtlichem sozialen Sprengpotenzial.

"Immer weniger junge Amerikaner schließen ein Studium ab"

Wer abstürzt und seine Beschäftigung verliert, der fällt tief. Und ist deshalb bereit, nahezu jede neue Arbeit anzunehmen. Und das Ergebnis: Der „informelle Sektor“ von unregelmäßigen Jobmöglichkeiten und sozial kaum abgesicherten Beschäftigungsverhältnissen ist massiv auf dem Vormarsch. Die Aufstiegsperspektiven sind gering. Die soziale Kluft ist noch tiefer geworden. Mobilität und Flexibilität, die früher die Markenzeichen amerikanischer Dynamik waren, scheinen zum Teil verloren gegangen zu sein. Und noch ein Trend ist beunruhigend: Immer weniger junge Amerikaner schließen ein Studium ab oder erreichen das Ziel einer qualifizierten Ausbildung.

Es wird offenkundig, dass die USA bisher zu wenig getan haben, um die berufliche Bildung voranzubringen. Zwar haben sich in den USA die Stimmen gemehrt, es den Deutschen mit ihrem dualen System im Lehrlingswesen nachzumachen. Aber effektive Reformen sind dem kaum gefolgt. Private Initiativen der Wirtschaft sind gefordert. Neue Wege sind unabdingbar, wenn man das immer drückendere Problem der Langzeitarbeitslosigkeit angehen will.

Soweit der kritische Blick auf die Lage der zweifelnden Nation am Tag nach der Präsidentschaftswahl, das die größte Wirtschaftsnation der Welt in einer Zerreißprobe zeigt. Denn der alte und neue Präsident hat zwar die Mehrheit der Wahlmänner hinter sich, aber bei den Stimmen insgesamt ist das Land geteilt. Und der harsche Wahlkampf hinterlässt tiefe Spuren in den Beziehungen zwischen den politischen Lagern. Das macht die politische Gestaltungsaufgabe der Mobilisierung von Mehrheiten für wichtige Entscheidungen tatsächlich schwierig.

Welches sind die Handlungsoptionen, um die Jobmaschine wieder anzuwerfen? Staatliche Konjunkturprogramme der alten Art sind hoffentlich passé – und zwar aus mehreren Gründen. So konnte auch Barack Obamas ambitioniertes Konjunkturprogramm von etwa 450 Milliarden Dollar aus dem Jahre 2011 die Talfahrt kaum abbremsen – stürzte aber das Land der unbegrenzten Möglichkeiten umso mehr in den Schuldenstrudel.

"Die Schuldenspirale dreht sich immer schneller"

Zu Recht haben daher die G-20-Finanzminister und Notenbankchefs auf ihrem Treffen vor wenigen Tagen die USA gemahnt, ihre gigantische Staatsverschuldung von fast 120 Prozent der Wirtschaftsleistung deutlich entschlossener als in der Vergangenheit anzugehen. Ende Juni 2011 betrug sie noch knapp 100 Prozent des Bruttoinlandsproduktes – die Spirale dreht sich also immer schneller.

Nur zum Vergleich: Während 500 Millionen Europäer ein Schuldenberg von acht Billionen Euro drückt, müssen die 350 Millionen Amerikaner ein Staatsdefizit von fast 15 Billionen Euro abtragen. Insofern sind die Lösung der Schuldenkrise einerseits und eine Bekämpfung der hohen Arbeitslosigkeit andererseits zwei Seiten ein und derselben Medaille, der der langfristigen Gesundung des Landes. Aber hierfür fehlt es Washington bisher an einem Gesamtkonzept.

In Europa ringt sich immerhin Land für Land mühsam zur Idee der Schuldenbremse durch. Das wäre auch für die USA der richtige Ansatz, um wieder politische Handlungshoheit zu erlangen.

Die zweite wichtige Stellschraube neben der Haushaltskonsolidierung ist die Steuerpolitik. Forscher des IZA haben die direkten Wirkungen sämtlicher US-Einkommensteuerreformen zwischen 1978 und 2009 auf die Einkommensungleichheit analysiert. Die Auswertung zeigt, dass die Steuerpolitik – über den gesamten Zeitablauf betrachtet – kaum zur Eindämmung der Ungleichheit beigetragen hat. Im Gegenteil. Dies zu korrigieren ist auch notwendig, um die Konsumkraft der Mittelschichten zu stärken. Die Einkommensungleichheit in den USA ist im Vergleich mit anderen Industrieländern bereits jetzt am höchsten und wird, wenn keine Korrektur erfolgt, zu einer Bedrohung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

"Amerika kann es schaffen - trotz aller Skepsis"

Es gilt also, die fiskalischen Ungleichgewichte durch ein gemäßigt, verbindlich terminiertes Anheben der Steuern und Abgaben neu auszubalancieren. Hier hat Barack Obama bereits einige

Weichen durchaus richtig gestellt, jetzt müssen ihm die politischen Mehrheiten auch folgen. Das wird nicht einfach werden angesichts der amerikanischen Aversion gegenüber Steuerlasten, angesichts des Übergewichts der Republikaner im Repräsentantenhaus.

Das dritte Handlungsfeld ist: Wie können die Wachstumskräfte gestärkt werden? Dies gelingt sicher nicht, indem man auf Protektionismus setzt, der offenbar in den USA auf dem Vormarsch ist – jedenfalls waren im Wahlkampf dazu teilweise recht raue Töne zu hören. Doch Abschottung ist kein zukunftstauglicher Weg. Stattdessen sollte die weitere transatlantische ökonomische Integration in den kommenden Jahren zu einem wichtigen Schwerpunkt gemacht werden.

Die USA und Europa unterhalten heute bereits die weltweit größten bilateralen Handels- und Investitionsbeziehungen. Diese machen rund ein Drittel des gesamten Welthandels aus. Rund sieben Millionen Beschäftigte sind in den USA heute bei europäischen Firmen beschäftigt und etwa sechs Millionen Europäer verdanken ihren Arbeitsplatz einem US-Investor.

Die Verwirklichung eines barrierefreien transatlantischen Wirtschaftsraumes, der einmal bis zum Jahr 2015 anvisiert worden ist, wäre ein besonders wirksamer Wachstums- und Beschäftigungsimpuls für beide Seiten. Er müsste auch freie Arbeitsmärkte einschließen. Dies würde den Wettbewerb um die richtige Verteilung des knappen Humankapitals auf die Märkte verlagern und schädlichen staatlichen Eingriffen entziehen. Ein umfassendes Wirtschaftsabkommen der EU mit den USA könnte das Bruttoinlandsprodukt auf beiden Seiten des Atlantiks deutlich befeuern.

Dies alles mag ambitioniert sein. Aber wer die Wirtschaftsstrukturen, hier voran Beschäftigungslage und Staatsfinanzen, nachhaltig bessern will, braucht einen langen Atem. Dies ist Präsident Obama zu wünschen. Dann kann Amerika es schaffen. Trotz aller derzeitigen Skepsis.

Klaus F. Zimmermann, Direktor des Instituts zur Zukunft der Arbeit (IZA) und Wirtschaftsprofessor der Universität Bonn.